

## **E1 Die Dritte Phase der Entspannungspolitik: Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit**

Antragsteller\*in: SPD-Ortsverein Henneberg-Rhön-Grabfeld  
Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD Thüringen setzt sich gegenüber der SPD als Bundespartei und gegenüber  
3 der Bundesregierung für die im folgenden Antrag beschriebene Außen- und  
4 Sicherheitspolitik ein.

#### **I.EINJAHRZEHT DER EXTREME**

6 „In diesem Jahrhundert steht die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation  
7 auf dem Spiel.“

8 Helmut Schmidt

#### ***Zeit der Zuspitzungen***

10 1. Die Umbrüche und Krisen unserer Zeit lassen befürchten, dass wir in das  
11 gefährlichste Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingetreten  
12 sind. Wir müssen alles tun, dass es nicht ähnlich dramatisch endet. Denn  
13 die Summe und Parallelität der Herausforderungen sind dramatisch. Schon  
14 heute lässt sich sagen: Wir erleben ein Jahrzehnt der Extreme, das mit der  
15 weltweiten Pandemie begann, in dem unter dem Atomschirm Russlands der  
16 Ukraine-Krieg die Welt in einen großen Krieg zu stürzen droht, in dem die  
17 Klimakrise mit großer Wucht verschärft und in dem sich Hunger, Armut und  
18 Migration immer weiter ausbreiten. Vor diesem Hintergrund droht auch ein  
19 Weltordnungskrieg zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen  
20 den westlichen Industriestaaten und den aufstrebenden Schwellenländern.  
21 Weltweit nehmen die Rüstungsausgaben zu, wobei davon rund 75 Prozent auf  
22 nur zehn Länder entfallen. Deutschland liegt auf Platz 7. Demgegenüber  
23 scheint das Verständnis verloren gegangen zu sein, dass die existenziellen  
24 Bedrohungen unserer Zeit nur die Menschheit zusammen lösen kann. Weltweit  
25 nehmen nationalistische Bewegungen mit einer hegemonialen Ideologie zu,

26 die sich den globalen und ökologischen Herausforderungen verweigern. Umso  
27 wichtiger ist eine starke sozialdemokratische Bewegung für Frieden und  
28 Entspannung, für Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die soziale und  
29 ökologische Gestaltung der Transformation von Wirtschaft und  
30 Gesellschaft.

- 31 2. Mit der Globalisierung der Gefahren und Herausforderungen ist die  
32 Menschheit in ein Zeitalter eingetreten, das ein neues Denken für  
33 gemeinsame Sicherheit und globale Zusammenarbeit erfordert. Wer Frieden  
34 will, der muss gemeinsam Frieden schaffen. Wer ein gutes Leben will, muss  
35 überall für soziale und ökologische Reformen eintreten. Aber auch aus der  
36 Verunsicherung über die Tragweite der vor uns liegenden Veränderungen,  
37 ist das praktische Verhalten geprägt von Ignoranz, Angst und  
38 Verunsicherung. Nationalismus und Reformfeindlichkeit nehmen zu. Die  
39 Sozialdemokratie muss hingegen in dieser Zeit tiefgreifender Umbrüche  
40 soziale und demokratische Errungenschaften bewahren und Sicherheit,  
41 Nachhaltigkeit und neuen Fortschritt gemeinsam und solidarisch  
42 verwirklichen.

### 43 ***Verantwortung für Sicherheit, Frieden und Nachhaltigkeit***

- 44 3. Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt. Er verletzt  
45 das Völkerrecht und missachtet die territoriale Unabhängigkeit eines  
46 souveränen Landes, das ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Das war auch  
47 im Irak-Krieg von 2003 so, als erfundene Beweise den „Krieg der Willigen“  
48 begründeten, dem sich damals Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Recht  
49 verweigert hat. Das Wichtigste im Krieg ist, Frieden zu schaffen, zumal der  
50 Krieg in der Ukraine zu einem blutigen Stellungskrieg geworden ist. Die  
51 Schlacht um Bachmut ist das Verdun unserer Zeit. Der Krieg bringt jeden  
52 Tag mehr Elend, Zerstörung und Tod. Und jeden Tag wächst die Gefahr einer  
53 weiteren Eskalation und Ausweitung. Unsere Zeit verlangt uns, vor allem  
54 der Sozialdemokratie, viel ab. Sie darf sich nicht von ihrer Geschichte  
55 als Friedens- und Reformpartei lossagen, sondern muss sich gerade in  
56 diesem Geist neu bewähren. Die historische Erfahrung zwingt uns,  
57 Verantwortung für eine Politik des Friedens zu übernehmen. Wir leben in  
58 einer Zeit, in der es auf eine starke Sozialdemokratie ankommt, deren  
59 geschichtlicher Kompass Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden ist – nach  
60 innen wie nach außen.
- 61 4. Wir können es uns nicht leisten, Frieden ausschließlich als Nicht-Krieg zu  
62 definieren. Angesichts neuer globaler Gefahren wie der Klimakrise mit  
63 ihren gefürchteten Kipppunkten, die den Prozess der Erderwärmung  
64 beschleunigen und auf lange Zeit unumkehrbar machen, dem Kampf um knappe  
65 Ressourcen, der massive Verteilungskonflikte verursachen kann, oder der  
66 wachsenden Armut und dem Hunger, die viele Menschen zur Flucht bewegen,  
67

68 ist jeder Frieden gefährdet, der nicht schnell zu einer sozial und  
69 ökologisch gerechten Weltordnung führt. Im Hamburger Grundsatzprogramm der  
70 SPD heißt es dazu: „Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des  
71 sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen  
72 Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es  
73 wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter  
Gewalt.“

74 5. An dieser Wegscheide muss es zu einer neuen Friedens- und  
75 Entspannungspolitik kommen, zu mehr gemeinsamer Sicherheit und  
76 gemeinsamer Verantwortung. Dazu bekennen wir uns. Wir brauchen ein  
77 friedliches und faires Zusammenleben der Menschheit. Deshalb ist  
78 „Zusammenarbeit“ das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts. Krieg darf kein  
79 Mittel der Politik sein.

### 80 **II. SOZIALDEMOKRATISCHE FRIEDENS- UND ENTSPANNUNGSPOLITIK**

81 „Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei  
82 Blut: das Blut der Bürger Europas“

83 Carl von Ossietzky

#### 84 ***Am Anfang: Die Kuba-Krise***

85 6. Die Anfänge der Entspannungspolitik gehen zurück auf den Oktober 1962.  
86 Damals stand die Welt am Rande eines Atomkrieges, als die damalige UdSSR  
87 auf Kuba Mittelstreckenraketen und Atomsprengköpfe zu stationieren begann.  
88 Während die amerikanischen Militärs zu einer sofortigen Invasion und zu  
89 Luftangriffen auf die karibische Insel drängten, suchte US-Präsident John  
90 F. Kennedy den Kontakt mit dem Generalsekretär der KPdSU Nikita  
91 Chruschtschow. Im Ergebnis zogen beide Seiten ihre Mittelstreckenraketen  
92 aus dem gegnerischen Einzugsbereich zurück, die UdSSR aus Kuba, die USA  
93 aus Italien und der Türkei, die dort seit 1959 stationiert waren. Die Kuba-  
94 Krise führte zu ersten Verhandlungen über Rüstungskontrolle und  
95 Rüstungsbegrenzung, auch zur Einrichtung des „roten Telefons“ für eine  
96 schnelle Verständigung zwischen Moskau und Washington. Seitdem hat in den  
97 USA nur der Präsident die Befehlsgewalt über den Einsatz von Atombomben.  
98 Aus der Kuba-Krise und auch aus den Erfahrungen um die „Frontstadt“ Berlin  
99 lernten Moskau und Washington, Konflikte zwischen den beiden militärischen  
100 Supermächten zu beherrschen. Die wichtigste Einsicht hieß, dass die  
101 Entspannungspolitik ein wichtiges Mittel gegen die Spirale aus Aufrüstung  
102 und Konfrontation ist. Sie begründet auch heute unser Verständnis von  
103 Vernunft.

### 104 ***Friedenspolitik als Realpolitik***

105 7. Den Anstoß für die Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf Entspannung gab  
106 1963 John F. Kennedy mit seinen Schlussfolgerungen aus der Kuba-Krise. Er  
107 begründete seine „Strategy for Peace“ in einer Rede in New York: „Beide  
108 Seiten, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion  
109 und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames Interesse an einem gerechten  
110 und wirklichen Frieden und an einer Einstellung des Wettrüstens.  
111 Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjetunion wie  
112 auch in unserem Interesse.“

113 8. In dieser Einsicht entwickelte die SPD die europäische Friedens- und  
114 Entspannungspolitik, deren Grundlagen, Prinzipien und Ziele Willy Brandt  
115 und Egon Bahr erstmals vor 60 Jahren in der Politischen Akademie in  
116 Tutzing vorstellten. Sie waren überzeugt davon, dass es falsch wäre, das  
117 politische System Osteuropas von außen zu stürzen. Ihnen ging es um einen  
118 Prozess der Vertrauensbildung und der friedlichen Koexistenz, um zu  
119 menschlichen Erleichterungen und neuen Annäherungen zu kommen. Die  
120 Grundidee hieß „Wandel durch Annäherung“. Friedliche Koexistenz darf  
121 weder Furcht noch Vertrauensseligkeit kennen. Unter der Drohung einer  
122 Selbstvernichtung im Atomzeitalter ganzer Staaten, wenn nicht sogar der  
123 Menschheit insgesamt ist die aktive Politik der Koexistenz zwischen den  
124 beiden Blöcken zu einer Frage menschlicher Existenz überhaupt geworden.  
125 Krieg ist nicht die Ultima Ratio, sondern – wie Willy Brandt anlässlich  
126 der Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 feststellte – die Ultima  
127 Irratio: nicht das letzte Mittel der Vernunft, sondern ein Mittel  
128 äußerster Unvernunft. Nur Friedenspolitik, so die Schlussfolgerung, kann  
129 die wahre Realpolitik sein.

### 130 ***Die bipolare Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg***

131 9. Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine bipolare Ordnung entstanden, in der  
132 beide Seiten wechselseitig zugestandene Einflusssphären hatten, wodurch  
133 aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. 1949 wurde die NATO mit dem Ziel  
134 gegründet, die Elbe zur Ostgrenze des sowjetischen Machtbereichs zu  
135 machen. In der Folge bildete sich 1955 die Warschauer  
136 Vertragsstaatenorganisation für ein Militärbündnis unter der Führung der  
137 UdSSR. Militärische Interventionen der USA in Lateinamerika oder der  
138 Vietnam-Krieg stießen auf Kritik und Ablehnung in Moskau, führten jedoch  
139 nicht zu einer unmittelbaren kriegerischen Reaktion. Umgekehrt verurteilte  
140 Washington die militärische Niederschlagung von Aufständen in der DDR, in  
141 Ungarn, in der Tschechoslowakei oder in Polen, verzichtete aber auf  
142 militärische Gegenmaßnahmen. Diese Zurückhaltung verlangten sich beide  
143 Blöcke gegenseitig ab, um einen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern.

144 10. Unter den Bedingungen der geteilten Welt standen sich in Deutschland zwei  
145 Teilstaaten unmittelbar gegenüber. Sie gehörten unterschiedlichen Blöcken,  
146 Systemen und Ideologien an. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in der DDR  
147 über ihre Lebensverhältnisse und die unterdrückte Demokratie führten zu  
148 einer wachsenden Abwanderungswelle. Die SED-Führung stoppte sie am 13.  
149 August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer. Der Konflikt zwischen Ost und  
150 West verschärfte sich immer wieder in Berlin. Umso wichtiger wurde die  
151 sozialdemokratische Entspannungspolitik, die zugleich über Deutschland  
152 hinausging.

### 153 ***Erste Phase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik***

154 11. Unter diesen Bedingungen hatte die Entspannungspolitik der SPD das Ziel,  
155 zu einer Entschärfung der Konflikte vor allem in Deutschland und Europa zu  
156 kommen sowie den Spielraum für Vertrauensbildung und menschliche  
157 Erleichterungen zu erweitern. Es begann mit Bemühungen und Verträgen auf  
158 staatlicher Ebene. Der erste Schritt war das Berliner  
159 „Passierscheinabkommen“ von 1963. Kleine Schritte waren besser als keine.  
160 Die Ost- und Entspannungspolitik war ein mühsamer, aber richtiger Prozess.  
161 Diese Politik war die erste Stufe der Entspannungspolitik, die mit  
162 Zustimmung der westlichen Verbündeten möglich wurde und die Westbindung  
163 der Bundesrepublik nicht in Frage stellte.

164 12. Die Entspannungspolitik verbesserte die Beziehungen zwischen der  
165 Bundesrepublik und der DDR. Mit dem Konzept von Wandel durch Annäherung  
166 sollte auch die Idee der deutsch-deutschen Gemeinsamkeit am Leben erhalten  
167 werden. Im Mittelpunkt standen die internationale Friedenssicherung,  
168 Gewaltverzicht und menschliche Erleichterungen. Willy Brandt im Januar  
169 1967: „Es geht um den Ausgleich gegensätzlicher Ziele und Interessen“ mit  
170 dem Ziel, die Grundlagen „für eine dauerhafte europäische Friedensordnung“  
171 zu schaffen. „Die Probleme Europas wie die Probleme Deutschlands lassen  
172 sich nicht in einem Klima des Kalten Krieges regeln. Wir streben deshalb  
173 eine umfassende Verbesserung unserer Beziehungen zu allen osteuropäischen  
174 Staaten an.“

### 175 ***Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen***

176 13. Mit den Ostverträgen wurde die deutsche Zweistaatlichkeit staatsrechtlich,  
177 aber nicht völkerrechtlich anerkannt. Die Ostpolitik ermöglichte trotz des  
178 Kalten Krieges eine Entspannung der Beziehungen im Kalten Krieg. Der  
179 Moskauer Vertrag war im August 1970 die erste Station der neuen Ostpolitik  
180 der sozialliberalen Regierungen. Es begann eine Entwicklung, die in Europa  
181 tiefgreifende Verbesserungen möglich machte. Der Warschauer Vertrag  
182 erkannte die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze an. Das  
183 Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971 sicherte den freien Zugang zum

184 Westteil der Stadt. Und der Grundlagenvertrag mit der DDR vom Dezember  
185 1972 strebte „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ an, später flankiert von  
186 einem Transitabkommen und Verkehrsvertrag. Der Prager-Vertrag von 1973  
187 über die Nichtigkeit des Münchner Abkommens war der letzte in der Reihe  
188 der Ostverträge. Es wurden auch zur Voraussetzung für die zweite Phase der  
189 Entspannungspolitik.

### 190 **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)**

191 14. Im August 1975 erhielt der Entspannungsprozess mit der Konferenz für  
192 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki einen  
193 europäischen Rahmen. In der Zeit der Spaltung Europas durch tiefgehende  
194 ideologische Konflikte, der Systemkonkurrenz und einer einmaligen  
195 militärischen Konfrontation verständigten sich die Staats- und  
196 Regierungschefs von 35 Staaten, darunter die UdSSR, USA und Kanada, auf  
197 die Regeln des künftigen Zusammenlebens. Das bedeutete die Einbettung der  
198 deutschen Sicherheit in die europäische. Das war ein großer Schritt hin zu  
199 einem friedlichen Europa. Erstmals einigten sich West und Ost auf  
200 gemeinsame Prinzipien und Ziele ihrer Innen- und Außenpolitik. Die  
201 Schlussakte von Helsinki war nicht die Besiegelung der Teilung Europas  
202 und Deutschlands, sondern der Ausgangspunkt für einen friedlichen  
203 Veränderungsprozess in ganz Europa. Die Bürgerrechtsbewegungen verfügten  
204 nun über eine Berufungsgrundlage für ihre Ziele. Die „Macht der  
205 Machtlosen“, wie Vaclav Havel es beschrieb, wurde gestärkt.

206 15. Die Mitgliedsstaaten der aus der KSZE hervorgegangenen OSZE waren sich  
207 bewusst, dass eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik notwendig, aber sie  
208 vor neue Anstrengungen stellte. Das galt für den Nichtverbreitungsvertrag  
209 von Atomwaffen mit der Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung, für START II  
210 und für den ABM-Vertrag. Der Einsicht in die Abgründe eines globalen  
211 Krieges, der zu einer Selbstvernichtung der Menschheit führen kann,  
212 folgten nicht nur Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern  
213 auch die Erkenntnis, dass Probleme globalen Ausmaßes die Menschheit  
214 bedrängen, die ebenfalls nur gemeinsam gelöst werden können: Hunger,  
215 Klimakrise, Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenverknappung.

216 16. Das sind heute, wahrscheinlich mehr denn je Grundfragen für die Zukunft  
217 der Menschheit. Mehr noch: Es ist die essentielle Frage, ob die Menschheit  
218 angesichts der sozialen und ökologischen Bedrohungen, die die Grenzen  
219 jedes Staates überschreiten, überhaupt eine Zukunft hat. Die Welt braucht  
220 Zusammenarbeit und Verständigung, um die globalen Gefahren zu bewältigen.  
221 Deshalb kam es in den 1980er Jahren auf Anregung von Willy Brandt zur  
222 Einsetzung von drei Unabhängigen Kommissionen bei den Vereinten Nationen,  
223 die aufzeigen sollten, wie in zentralen Menschheits- und Zukunftsfragen  
224 eine friedliche Weltinnenpolitik aussehen kann und was für sie notwendig  
225

ist.

226 ***Gemeinsame Interessen, gemeinsame Sicherheit, gemeinsame Zukunft***

227 17. Der Geist der KSZE prägte in den 1980er Jahren die Berichte der drei  
228 unabhängigen UN-Kommissionen:

- 229 • 1980 wurde der Nord-Süd-Bericht „Das Überleben sichern. Gemeinsame  
230 Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ unter der Leitung von  
231 Willy Brandt vorgelegt, der den Zusammenhang von Aufrüstung und Armut  
232 aufzeigte und eine neue Weltwirtschaftsordnung für eine friedliche Welt  
233 forderte.
- 234 • 1982 folgte der Report „Gemeinsame Sicherheit“, der unter der Leitung des  
235 schwedischen Regierungschefs Olof Palme erstellt wurde und dessen  
236 Kernsatz hieß: „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem  
237 Gegner, sondern gemeinsam mit ihm“.
- 238 • 1987 kam schließlich der Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ hinzu, der  
239 von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland  
240 verantwortet wurde. Er brachte die Leitidee der Nachhaltigkeit für die  
241 Verbindung von Umwelt und Entwicklung auf die Agenda der internationalen  
242 Politik.

243 Diese drei Berichte müssen als Einheit verstanden werden. Sie waren weit in die  
244 Zukunft gerichtet und sind auch heute nicht überholt, im Gegenteil. Der  
245 Schlüsselbegriff der Berichte heißt „Gemeinsamkeit“. Die Berichte wurden in der  
246 Verantwortung von drei europäischen Sozialdemokrat:innen erarbeitet. Sie bilden  
247 noch immer eine zentrale Grundlage für eine Weltinnenpolitik und eine friedliche  
248 Welt. Es gibt keinen Grund, diese großen Ideen zu relativieren.

249 18. Die drei Reports führten nicht zuletzt zum Erdgipfel von 1992 in Rio de  
250 Janeiro, auf dem die Agenda 21, Nachhaltigkeit und das UN-  
251 Klimarahmenabkommen beschlossen wurden. Es war der erste UN-Gipfel, der  
252 sich auch mit den Fragen des Klimaschutzes beschäftigte und die Forderung  
253 erhob, die Konzentration der Treibhausgase schnell und umfänglich zu  
254 senken. Doch bis heute klafft eine gefährliche Lücke zwischen den Vorgaben  
255 und der Realität. Große Teile der Welt sind abgehängt, die Militärausgaben  
256 haben im letzten Jahr eine Rekordhöhe erreicht, die CO2-Emissionen haben  
257 sich seit der Rio-Konferenz verdoppelt.

258 19. Gemeinsam Probleme zu lösen setzt voraus, Vertrauen sowohl durch  
259 Kooperation zwischen den Staaten als auch den Zivilgesellschaften zu  
260 schaffen. Doch nach Rio verlor die Weltinnenpolitik für mehr soziale

261 Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und ein friedliches  
262 Zusammenleben an Bedeutung. Das Ende der zweigeteilten Welt hat die  
263 Bereitschaft gemindert, sich auf Verständigung und Zusammenarbeit  
264 einzulassen. Zudem breitete sich ein neuer und alter Nationalismus aus,  
265 in Ost und West.

### 266 **Das „gemeinsame Haus Europa“**

267 20. Dabei waren in den 1980er Jahren die Chancen für eine Friedenspolitik  
268 größer denn je. Mitte des Jahrzehnts war offenkundig geworden, dass es in  
269 der UdSSR zu großen Veränderungen kommen könnte, nicht zuletzt angestoßen  
270 durch die deutsche Ost- und Entspannungspolitik. Besonders hervorzuheben  
271 ist dabei die Rolle des neuen Generalsekretärs der KPdSU Michail  
272 Gorbatschow.

273 Gorbatschow war von der Idee der Gemeinsamen Sicherheit angetan. Er suchte den  
274 engen Kontakt zu Egon Bahr. Gorbatschow war überzeugt von Perestroika und  
275 Glasnost, von Kooperation statt Konfrontation. Tatsächlich wollte er und sein  
276 Außenminister Eduard Schewardnadse, dass die OSZE für die europäische Sicherheit  
277 eine zentrale Rolle einnimmt. Mit der Absage an Konfrontation und Hochrüstung  
278 sollte eine neue Kultur des Zusammenlebens im Gemeinsamen Haus Europa geschaffen  
279 werden.

280 21. Brandt gefiel das Bild vom „Gemeinsamen Haus Europa“. Es sei an der Zeit,  
281 in kontinentalen Zusammenhängen zu denken. Über das Zusammenleben im  
282 europäischen Haus, um dessen Verfügungsgewalt sich die beiden Weltmächte  
283 in der zweigeteilten Welt massiv gestritten haben, müssten nun die  
284 Menschen bestimmen, „die darin wohnen, darin aufgewachsen und auch davon  
285 abhängig sind“.

286 Der langjährige deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher stellte im Jahr  
287 2000 vor der OSZE-Konferenz fest: „Die Antwort auf die Herausforderungen der  
288 Globalisierung muss heißen: gesamteuropäische Verantwortungspolitik und globale  
289 Kooperation, nicht Rückfall in die nationalistischen Irrwege des 19. und der  
290 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“ Und er mahnte: „Die Geschichte pflegt ihre  
291 Angebote nicht zu wiederholen und die Chancen, die sie uns bietet, bestehen  
292 nicht ewig.“

### 293 **Die Bedeutung der Friedens- und Entspannungspolitik**

294 22. Dieser Rückblick ist wichtig für das, was heute geschieht. Wenn von einer  
295 „Zeitenwende“ gesprochen wird, die allein am Ukraine-Krieg festgemacht  
296 wird, ist das zumindest verkürzt. Auch die Vorgeschichte der europäischen  
297 Friedens- und Entspannungspolitik muss gesehen werden, an der  
298



299 Sozialdemokrat:innen an vorderster Stelle beteiligt waren. Ebenso müssen  
300 die Versäumnisse und Fehler beachtet werden, die in den letzten  
Jahrzehnten gemacht wurden.

301 23. Ohne die Friedens- und Entspannungspolitik wäre es nicht möglich geworden,  
302 dass die Menschen in der früheren DDR letztlich die Kraft zu ihren  
303 Montagsdemonstrationen gefunden haben. Ohne sie wäre es nicht zu ersten  
304 Schritten in der Abrüstung und Rüstungskontrolle gekommen. Ohne sie wäre  
305 nicht die Hoffnung auf ein geeintes Europa gewachsen. Wir haben nicht  
306 vergessen, dass die Politik der sozialliberalen Koalition auf den massiven  
307 Widerstand der damaligen Opposition gestoßen ist.

### 308 ***Verpasste Chancen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur***

309 24. Nach dem historischen Jahr 1989 wurden die großen Chancen für eine  
310 europäische Sicherheitsarchitektur nicht oder nur unzureichend genutzt  
311 wurden. Bei den Versäumnissen dürfen wir nicht verdrängen, dass es zur  
312 deutschen Einheit gekommen ist, ohne dass der heiße Krieg zurückkam. Die  
313 russische Armee ist ohne Zeitverzögerung aus Deutschland abgezogen.  
314 Michail Gorbatschows Politik der ausgestreckten Hand ermöglichte das Ende  
315 der zweigeteilten Welt. Die Chancen waren da, auch weit darüber hinaus zu  
316 einer neuen gesamteuropäischen Verständigung zu kommen. Nicht durch eine  
317 Abkehr von der Friedens- und Entspannungspolitik, sondern durch ihre  
318 Weiterentwicklung.

319 25. Die Voraussetzungen für eine weitergehende Zeitenwende waren in den 1990er  
320 Jahren da, aber sie wurden zu wenig genutzt. Dazu gehörte insbesondere die  
321 Charta von Paris für ein neues Haus Europa, deren Visionen nicht  
322 eingelöst, wahrscheinlich aber von den USA auch nicht gewollt wurden.  
323 Heute müssen wir die Ziele und Prinzipien der Friedens- und  
324 Entspannungspolitik wieder aufnehmen und weiterentwickeln. Ein Zurück in  
325 einen neuen kalten Krieg darf es nicht geben. Willy Brandt vertrat für die  
326 2. Phase der Entspannungspolitik die Idee einer „Europäisierung Europas“,  
327 also einer Politik für den gesamten Kontinent. Das bedeutete nicht die  
328 Aufgabe des Westbündnisses, wohl aber eine größere Eigenständigkeit  
329 Europas, worin auch ein Weg zur endgültigen Überwindung der  
330 Blockideologie gesehen wurde.

331 26. Es gab keine große Linie mehr für eine gesamteuropäische Identität und  
332 eine Politik der europäischen Selbstbehauptung in der globalen Welt. Der  
333 Westen hatte den Systemkonflikt „gewonnen“, aber eine neue  
334 Sicherheitsarchitektur gab es nicht. Es überwogen Misstrauen, Angst und  
335 Abgrenzung. Obwohl russisches Gas und Öl willkommen waren, kam es nicht  
336 zu mehr Verständigung und Kooperation mit dem in den 1990er Jahren schwer  
337 angeschlagenen Russland. In den USA wurde Russland, das größte und

338 ressourcenreichste Land der Erde nur noch als „Regionalmacht“  
339 runtergestuft. Gorbatschow äußerte sich mehrfach enttäuscht, dass die  
340 Versprechen von Helmut Kohl, Hans Dietrich Genscher und James Baker, die  
341 mit Zustimmung des britischen und französischen Außenministers an Moskau  
342 insbesondere hinsichtlich der NATO-Osterweiterungen gemacht wurden, nicht  
343 eingehalten wurden.

344 27. Aber auch die Idee einer Weltinnenpolitik wurde auf die Tagesordnung  
345 gesetzt. Die Vorgabe des Erdgipfels von 1992 für mehr Klimaschutz wurde  
346 nicht verfolgt. Der Kyoto-Prozesses wurde zu einem unverantwortlichen  
347 Gefeiische um wirtschaftliche Wachstumsinteressen auf der jährlichen  
348 Conference of Parties (COP). Zwar hatten Bundestag und Bundesregierung  
349 1990 das weltweit erste Reduktionsszenario mit deutlich weitergehenden  
350 Zielen als die Kyoto-Vorgaben für die klimaschädlichen Treibhausgase  
351 beschlossen, aber die Umsetzung blieb mangelhaft. Das Konzept wurde  
352 schnell wieder aufgegeben.

### 353 **III. DER UKRAINE-KRIEG**

354 „Krieg hat keine Grenzen in sich.“

355 Carl von Clausewitz

#### 356 ***Zerstörtes Vertrauen statt gemeinsamer Sicherheit***

357 28. Die Konflikte, die sich schrecklicherweise zum völkerrechtswidrigen  
358 Ukraine-Krieg geführt haben, entstanden über eine längere Zeit. Zu den  
359 Ursachen gehören historische Belastungen, nationale Konflikte und  
360 internationales Dominanzstreben. In der sich nach 1990 neuformierenden  
361 Weltordnung spielten anfangs auch ökonomische Ungleichheiten und die  
362 politischen Fehler der Amtszeit von Boris Jelzin eine erhebliche Rolle,  
363 der kein Konzept für Reformen in der UdSSR, bzw. Russland und den GUS-  
364 Staaten hatte, sondern einen „kalten Kapitalismus“ verordnete, sowie das  
365 schleichende Ende der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Wladimir  
366 Putin wollte dennoch nach seiner Wahl im Jahr 2000 anfangs den Bau des  
367 „Gemeinsamen Hauses Europas“ fortsetzen und setzte dabei insbesondere auf  
368 Deutschland. Im letzten Jahrzehnt veränderte er seine Politik grundlegend.  
369 Er schaltete auf einen zunehmend nationalistischen Kurs um, der an alte  
370 panslawistische Traditionen des Zarenreichs anknüpfte.

371 29. Moskau sah seine Sicherheitsinteressen bedroht durch die fünf NATO-  
372 Osterweiterungen bis an die Türschwelle Russlands, bei denen auch  
373 bestehende Verträge, wie der KSE-Vertrag (Vertrag über konventionelle  
374 Streitkräfte in Europa), nicht eingehalten wurden. 2008 setzte US-  
375

376 Präsident George W. Bush in Bukarest das Erweiterungsangebot der NATO an  
377 die Ukraine, Moldau und Georgien gegen die Bedenken der deutschen  
378 Bundeskanzlerin und des französischen Staatschefs und selbst eigener  
379 amerikanischer Sicherheitsberaterin durch. 2014 eskalierte der Konflikt in  
380 der Ukraine. Nach dem auf Druck Moskaus von der ukrainischen Regierung  
381 blockierten EU-Assoziierungsabkommen kam es zu den ersten Protesten im  
382 Dezember 2013 auf dem Kiewer Maidan-Platz, die im darauffolgenden Jahr  
383 eskalierten. Die daraufhin ausgehandelten Minsker Verträge wurden nicht  
384 eingehalten, so dass es nicht zu einer Befriedung im Land kam. Im  
385 Gegenteil: Im Donbas kam es mit massiver russischer Unterstützung zum  
386 Bürgerkrieg. Die Halbinsel Krim wurde von Russland annektiert. Die USA  
lieferten der Ukraine seit 2014 Waffen in einem erheblichen Umfang.

387 30. Die Chancen für eine kooperative europäische Sicherheitsarchitektur wurden  
388 nicht genutzt. Mühsam aufgebautes Vertrauen wieder zerstört. Der INF-  
389 Vertrag über das Verbot landgestützter Raketensysteme zwischen 500 und  
390 5.500 Kilometer-Reichweite wurde aufgekündigt, Rüstungskontrolle findet  
391 derzeit kaum noch statt, Abrüstung schon garnicht.

### 392 ***Verstärkte Aufrüstung: militärisch-basierte Außenpolitik***

393 Die weltweiten Militärausgaben befinden sich heute mit deutlich über 2,2  
394 Billionen US-Dollar auf dem höchsten Stand aller Zeiten. Die USA und Russland  
395 verfügen über 92Prozent der Atomwaffen weltweit, Russland über 6.225, von denen  
396 rund 1.600 einsatzbereit sind. In der Rangliste der Militärausgaben entfallen  
397 fast 75 Prozent der weltweiten Ausgaben auf die ersten zehn Länder. Deutschland  
398 steht auf Platz sieben. Mit dem 100-Mrd.-Sondervermögen und einer Erhöhung der  
399 Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP wäre sogar ein Aufstieg auf Platz vier  
400 zu erwarten. Deutschland wäre dann das Land mit den höchsten Militärausgaben in  
401 Europa.

402 32. Die Spirale der Aufrüstung darf nicht unaufhörlich nach oben gedreht  
403 werden. Es hat nichts mit Entspannungspolitik zu tun, „den Gegner  
404 kaputtzurüsten“ oder ihn auf ähnliche Weise in die Knie zu zwingen. Es ist  
405 eine zivilisatorische Errungenschaft, Auseinandersetzungen zwischen  
406 unterschiedlichen Ordnungen und Systemen sowie die Frage, wer und was sich  
407 als besser und überlegen erweist, im geschichtlichen Prozess auf nicht-  
408 kriegerische Weise auszutragen. Konkurrenz gerade in der gefährlichsten  
409 und verheerendsten Weise auszutragen, ist und bleibt falsch.

410 Wir müssen aufs Neue zu den Prinzipien und Zielen einer Politik der Entspannung  
411 und der friedlichen Konfliktlösung kommen. Dazu gibt es im Atomzeitalter und  
412 angesichts globaler Herausforderungen keine Alternative. Wir brauchen die Idee  
413 eines Friedens in Gesamteuropa. Der Krieg in der Ukraine ist nicht zu  
414 rechtfertigen. Dennoch müssen wir über ihn hinausblicken, um Frieden zu

415 schaffen. Andernfalls kommt es entweder zu einem schrecklichen Stellungskrieg  
416 in der Ukraine oder die NATO wird immer stärker in diesen Krieg hineingezogen.  
417 Der Krieg droht dann völlig unberechenbar zu werden.

### 418 ***NATO:Konzept 2030 – hin zu einer globalen Armee?***

419 33. Die Hinwendung zu konfrontativer, im Wesentlichen militärisch-basierter  
420 Außenpolitik ist heute global zu spüren. Ein Beispiel dafür ist das  
421 Konzept NATO 2030, das im Juli 2022 in Madrid beschlossen wurde und auch  
422 eine Erweiterung des NATO-Einsatzgebietes in den pazifischen Raum  
423 vorsieht. Die USA suchen nach Partnern in ihrer Konkurrenz zu China –  
424 wirtschaftlich wie militärisch. Doch auch hier ist in erster Linie eine  
425 Friedens- und Entspannungspolitik notwendig.

426 Die Militärausgaben drohen in den nächsten Jahren – auch in der Folge des  
427 Ukraine-Krieges – weiter stark anzusteigen. Die „Modernisierung“ und Ausweitung  
428 der Nuklearwaffen mit neuen Trägersystemen schreitet voran. Dazu zählen auch  
429 Hyperschallraketen. Zudem können die SMR-Reaktoren dazu führen, verstärkt Mini-  
430 Nukes zu bauen, die die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen senken.

431 Die Grenzen zwischen Kriegsführung und Frieden verwischen sich auf vielen  
432 Feldern. Hybride Kriegsführung, Terroranschläge, der Einsatz von Söldnern,  
433 Cyberkrieg, die Zerstörung kritischer Infrastruktur, Desinformationskampagnen  
434 sind zum Standard internationaler Auseinandersetzungen geworden.

435 Besonders die europäische Politik ist gefordert, ein friedliches Gegengewicht zu  
436 schaffen. Deutschland kann dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

### 437 **IV. GEMEINSAME ANTWORTEN IN DER ZUSAMMENGEWACHSENEN WELT**

438 „Ohne Frieden ist alles nichts.“

439 Willy Brandt

### 440 ***Das Wichtigste: Frieden schaffen***

441 34. Das Wichtigste, aber auch das Schwerste im Krieg ist, Frieden schaffen.  
442 Sicherheitspolitik ist mehr als eine Verteidigungskraft mit Waffen. Sie  
443 muss die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten einbeziehen, um zu  
444 Abrüstung und struktureller Nichtangriffsfähigkeit zu kommen. Bei Egon  
445 Bahr hieß das: Im Atomzeitalter gibt es keinen Frieden gegen einen  
446 Gegner, sondern nur mit ihm. In Europa wird es keine Sicherheit ohne  
447 Russland und schon gar nicht gegen Russland geben. Für den Ukraine-Krieg  
448 sind Übereinkünfte am Verhandlungstisch das Wichtigste, möglichst unter

449 Beteiligung von OSZE oder UNO und mit Hilfe einflussreicher Moderatoren  
450 wie zum Beispiel der B (R) ICS-Staaten Brasilien, Indien, China und  
451 Südafrika, die sich auch dazu bereit erklärt haben, oder anderen Staaten  
452 aus der Gruppe der G20.

453 35. Die großen globalen Fragen, insbesondere die Klimakrise oder die Sicherung  
454 von Rohstoffen, können nur in globaler Kooperation und Zusammenarbeit  
455 gelöst werden. Die Reform und Stärkung der UNO gehört auch deshalb auf  
456 die Tagesordnung, eine Initiative der EU wäre dafür notwendig und  
457 zielführend. Klimaschutz wird ohne große und ressourcenreiche Länder wie  
458 Russland und China nicht möglich sein. Ein „the West against the rest“ ist  
459 und bleibt falsch. Aus Fehlern der Vergangenheit müssen die richtigen  
460 Schlüsse gezogen werden, um derartige Fehler bei der Bewältigung der  
461 Herausforderungen, die die gesamte Menschheit betreffen, zu vermeiden.

462 36. Wenn es nicht zu mehr Gemeinsamkeit kommt, drohen schon wegen der  
463 Ungleichheit im Zugang zu wirtschaftlichen, technischen und natürlichen  
464 Ressourcen der Welt künftig erbitterte Verteilungskämpfe, die zu neuer  
465 Gewalt und Kriegen führen können. Sie zu verhindern ist mehr denn je ein  
466 Gebot der Vernunft. Deutschland und Europa brauchen eine neue Phase der  
467 Friedens- und Entspannungspolitik, eine europäische Partnerschaft für  
468 Frieden, Gewaltverzicht und Menschenrechte. Das ist eine wichtige  
469 Voraussetzung für eine Weltinnenpolitik. Kann es etwas Wichtigeres geben,  
470 als eine Welt des Friedens mitzugestalten? Dafür knüpfen wir an die  
471 großen Botschaften der UNO aus den 1980er Jahren an. Gemeinsames  
472 Überleben, Gemeinsame Sicherheit, Gemeinsame Zukunft.

### 473 ***Gemeinsame Sicherheit heute***

474 37. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht nicht nur darum, Kriege  
475 zu begrenzen, sondern, wie Willy Brandt in seiner Rede zur Verleihung des  
476 Friedensnobelpreises herausstellte, sie abzuschaffen. Aus den Erfahrungen  
477 des letzten Jahrhunderts erwächst uns die Verpflichtung, dass sich die  
478 Katastrophen der Weltkrieger nie wiederholen dürfen. Der Ukraine-Krieg ist  
479 eine Mahnung, die Entspannungspolitik wieder aufzunehmen. Das Konzept  
480 dafür ist die Gemeinsame Sicherheit, welches 2022 das Palme-Institut in  
481 einer erweiterten Form vorgelegt hat, um die neuen globalen Bedrohungen  
482 einzubeziehen. Die Krisen- und Konfliktprävention muss gestärkt werden. Und  
483 es wird keine gemeinsame Sicherheit ohne nukleare und konventionelle  
484 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzungen und reduzierte  
485 Militärausgaben eben. Andernfalls drohen die Militärausgaben die  
486 finanziellen Ressourcen aufzufressen, die dringend an anderer Stelle  
487 gebraucht werden, auch für eine Politik, die Kriege und gewaltsame  
488 Verteilungskämpfe verhindert.

### 489 **Eine faire Welt der Gemeinsamkeiten**

490 38. Angesichts der Herausbildung neuer globaler Blöcke müssen wir dafür Sorge  
491 tragen, eine komplette Entflechtung oder dauerhafte Beendigung der  
492 wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen und diplomatischen  
493 Beziehungen zu verhindern. Die zusammengewachsene Welt ist auf  
494 Gegenseitigkeit angewiesen. Nur faire Verflechtungen zwischen den Staaten  
495 und Gesellschaften dieser Erde, die nachhaltig sind und neue Kriege zu  
496 verhindern helfen, die für die Menschen verbrecherisch, irrational und  
497 selbstzerstörerisch Geißel sind. Die Verflechtungen der Gesellschaften zu  
498 fördern und voranzutreiben, entzieht neuen Kriegen die Grundlage. Die  
499 Diplomatie muss helfen, laufende Kriege zu beenden oder den Ausbruch neuer  
500 Kriege zu verhindern.

501 39. Friedenspolitik muss heute über die Entspannungspolitik der vergangenen  
502 Jahrzehnte hinausweisen. Sie baute auf den Erfahrungen zweier Weltkriege  
503 und des Kalten Krieges auf. Beide Seiten blieben unter dem Atomschirm der  
504 jeweiligen Supermacht. Zugleich herrschte ein strukturelles Misstrauen, so  
505 dass sich beide Seiten mit Gegenschlagmaßnahmen darauf vorbereiteten, die  
506 im Falle eines Angriffs zu verheerenden Schäden der anderen Seite geführt  
507 hätten. Die Friedens- und Entspannungspolitik hat versucht, unter diesen  
508 Bedingungen mehr gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, zu menschlichen  
509 Erleichterungen zu kommen sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle zu  
510 vereinbaren.

511 40. Der russische Überfall auf die Ukraine und die darin liegende absichtliche  
512 Verletzung des Völkerrechts wird nun mitunter Seite als Beleg dafür  
513 herangezogen, dass gegenseitige Vereinbarungen zur Entspannung,  
514 Friedenswahrung und Abrüstung der Boden entzogen sei. Es ist richtig, den  
515 Bruch des Völkerrechts durch Russland zu verurteilen. Daraus sollte nicht  
516 der Schluss gezogen werden, hinter die Entspannungspolitik und die  
517 Vereinbarungen, die von konservativer Seite nicht gewollt und stets von  
518 Misstrauen begleitet wurden, zurückzufallen. Das Gegenteil ist richtig: Es  
519 muss uns gelingen, sie zu einer nachhaltigen Weltinnenpolitik der  
520 sozialen und ökologischen Gestaltung der Transformation zu erweitern.  
521 Dafür geht es auch heute um eine globale Vertrauensbildung für  
522 Entspannung und Kooperation, eine Vertiefung der Abrüstung,  
523 Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung und eine gemeinsame Sicherheit.

524 Das wird uns nicht gelingen durch schlichtes Beharren auf Vertrauensseligkeit  
525 oder der Beteuerung, dass an Verhandlungen kein Weg vorbeiführt. Vielmehr müssen  
526 wir einen Zustand der Staaten untereinander schaffen, in dem das Anfangen eines  
527 Krieges nicht nur irrational, sondern zu einem selbstschädigenden Unterfangen  
528 wird.

## **Begründung**

Begründung erfolgt mündlich